

■ DÄMPFUNG DES WIRTSCHAFTS- WACHSTUMS

PROGNOSE FÜR 1999 UND 2000

Nach einem guten Jahr 1998 mit einem BIP-Wachstum von 3,3% wird sich das Wirtschaftswachstum in Österreich 1999 infolge ungünstiger internationaler Rahmenbedingungen auf 2,4% verlangsamen. Der private Konsum wird 1999 Stütze der Konjunktur sein. Die Wirtschaftsdynamik dürfte nicht ausreichen, um die Arbeitslosenquote spürbar zu senken.

Für die österreichische Wirtschaft war 1998 trotz ungünstiger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ein erfolgreiches Jahr. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes betrug nach aktuellen Schätzungen 3,3%, das ist der höchste Wert seit 1991. Zweistellige Exportsteigerungen in der ersten Jahreshälfte und eine kontinuierlich zunehmende Inlandsnachfrage legten den Grundstein für die beachtliche Expansion, die den EU-Durchschnitt (+3%) deutlich übertraf.

Im Herbst zeichnete sich jedoch in Industrie und Exportwirtschaft eine Konjunkturertrübung ab. Die Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika sowie die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten verlangsamt das Wachstum der Weltwirtschaft und beeinträchtigt auch die österreichischen Exporte. Der Verfall der internationalen Rohstoffpreise traf insbesondere die Grundstoffindustrie und verschlechterte die Geschäfts- und Ertragerwartungen. Die pessimistische Stimmung der Industrie am Jahresende läßt erwarten, daß sich die Konjunkturdelle zumindest bis ins 1. Halbjahr 1999 erstrecken wird.

Der Dämpfung der Konjunktur durch die Exportabschwächung steht aber eine Belebung der Konsumnachfrage gegenüber. 1998 stiegen die Ausgaben der Haushalte real um 1,8%. Die zunehmende Kaufkraft der privaten Haushalte hat zum Teil dieselbe Ursache wie das Nachlassen der Exportsteigerung: den Rückgang der Rohstoffpreise, insbesondere der Energiepreise.

1999 wird sich die Dynamik weiter vom Export zur Inlandsnachfrage verlagern. Diese Erwartung wird durch den Index des Verbrauchervertrauens bestätigt, der sich in den letzten Monaten dank steigender Kaufkraft, günstigerer Beschäftigungslage und niedriger Inflationsrate laufend verbesserte. Überdies wird die Inlandsnachfrage durch den anhaltenden Rückgang der Zinssätze gestützt. Anfang Dezember senkten die europäischen Notenbanken die Zinsen, um der Gefahr eines Konjunkturerinbruchs entgegenzuwirken.

Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1996	1997	1998	1999	2000
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt					
Real	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,7
Nominell	+ 3,7	+ 4,1	+ 4,5	+ 4,1	+ 4,0
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 1,2	+ 5,0	+ 5,5	+ 3,0	+ 4,0
Privater Konsum, real	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,2
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 2,5	+ 2,8	+ 4,8	+ 3,2	+ 3,8
Ausrüstungen	+ 3,3	+ 5,0	+ 7,0	+ 4,5	+ 6,5
Bauten	+ 2,4	+ 1,3	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,5
Warenexporte²⁾					
Real	+ 5,4	+15,6	+ 8,3	+ 5,5	+ 7,0
Nominell	+ 5,5	+16,8	+ 8,3	+ 6,6	+ 8,1
Warenimporte²⁾					
Real	+ 6,1	+ 9,4	+ 8,2	+ 6,0	+ 7,0
Nominell	+ 6,7	+10,9	+ 7,1	+ 6,0	+ 8,1
Handelsbilanzsaldo ²⁾ Mrd. S	-100,6	-75,2	-72,1	-72,2	-78,0
Leistungsbilanzsaldo Mrd. S	- 52,3	-61,4	-53,1	-45,4	-43,1
In % des BIP	- 2,2	- 2,4	- 2,0	- 1,7	- 1,5
Sekundärmarktrendite ³⁾ in %	6,3	5,7	4,7	4,3	4,8
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2
Arbeitslosenquote					
In % der Erwerbspersonen ⁴⁾	4,3	4,4	4,5	4,4	4,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	7,0	7,1	7,2	7,1	6,8
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	- 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. - ²⁾ Laut ÖSTAT. - ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (benchmark). - ⁴⁾ Laut Eurostat. - ⁵⁾ Laut Arbeitsmarktservice. - ⁶⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld.

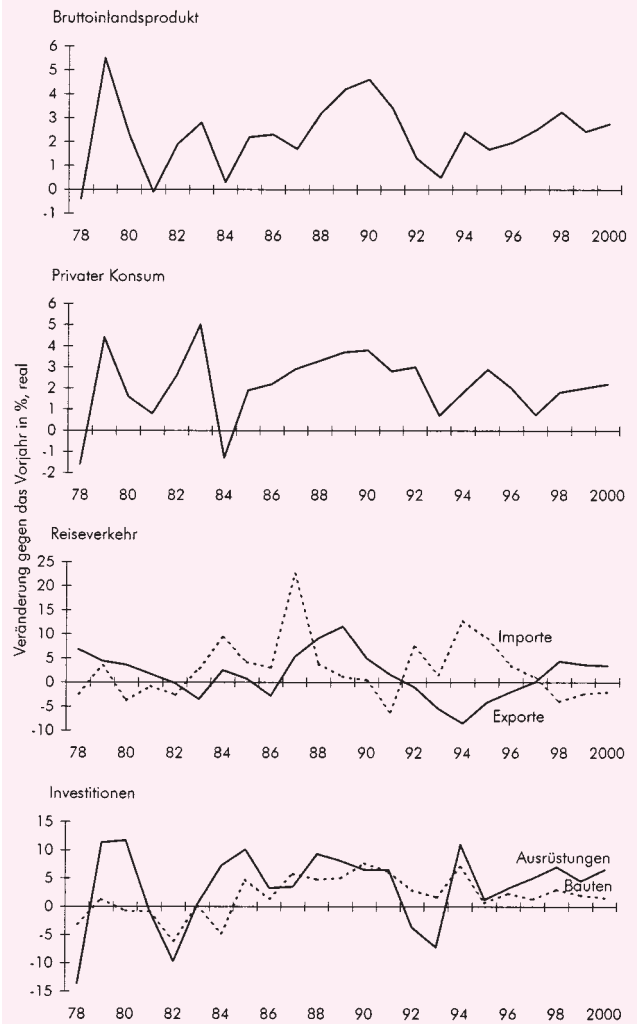
Wegen der verschlechterten internationalen Konjunkturlage muß die Wachstumsprognose für Österreich für 1999 von 2,8% auf 2,4% zurückgenommen werden. Die robuste Inlandsnachfrage ermöglicht ein Wachstum des realen BIP nahe dem mittelfristigen Trendwert. Angesichts der günstigen Rahmenbedingungen, insbesondere niedriger Inflation und Zinsen sowie freier Kapazitäten, dürfte die von den Finanzmarkturbulenzen ausgelöste temporäre Konjunkturschwäche im Jahr 2000 überwunden sein.

Die Dynamik der Wirtschaft wird 1999 nicht ausreichen, um die Arbeitslosenquote spürbar zu senken. Ein geringfügiger Rückgang auf 4,4% (bzw. 7,1% nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode) erscheint jedoch möglich, weil das Arbeitskräfteangebot nicht mehr so rasch zunehmen wird wie 1998. Dank der kräftigen Steigerung der beschäftigungsintensiven Inlandsnachfrage wird die Zahl der Arbeitsplätze 1999 um 24.000 zunehmen. Das mittelfristige Beschäftigungsziel des Nationalen Aktionsplans wird damit bereits in den ersten zwei Jahren der fünfjährigen Planungsperiode zur Hälfte erfüllt. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit erweist sich jedoch als besonders schwierig, solange ein steigendes Arbeitskräfteangebot auf den Markt drängt.

Die Inflationsrate wird durch den spürbaren Rückgang der internationalen Preise von Rohöl, Nahrungsmitteln und Industrierohstoffen weiter gedrückt. Im Jahresdurchschnitt 1998 steigen die Verbraucherpreise um nur 0,9%. Auch für 1999 und 2000 zeichnet sich kein signifikanter Preisauftrieb ab, die Inflationsrate dürfte die 1%-Marke nur wenig übertreffen.

Produktion und Nachfrage

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %



Die Entwicklung der Leistungsbilanz wird durch die Verbesserung des Reiseverkehrssaldos geprägt. War dieser mehrere Jahre lang für die Verschlechterung der Leistungsbilanz verantwortlich gewesen, so wirkt er nun in die positive Richtung. Der Zeitpunkt der Drehung des Reiseverkehrssaldos deutet darauf hin, daß die relativen Preise (Wechselkurse) eine wichtige Rolle spielten; darüber hinaus leistete die Strukturverbesserung des heimischen Tourismusangebotes einen wesentlichen Beitrag. Zwischen 1998 und 2000 könnte sich unter günstigen Bedingungen der Saldo der Reiseverkehrsbilanz um 15 Mrd. S verbessern.

Die Revision der Wachstumsprognose 1999 dürfte die Budgetpolitik vor keine zusätzlichen Probleme stellen, da sie nur den Export, nicht die Inlandsnachfrage bzw. die Lohn- und Gehaltssumme betrifft. Das Defizit aller öffentlichen Haushalte wird 1999, wie im Stabilitätsprogramm festgelegt, rund 2,0% des BIP betragen. Daß die Budgetsituation weiterhin angespannt bleibt, zeigt die zu erwartende Entwicklung im Jahr 2000: Unter der techni-

Wichtige Konjunkturindikatoren



¹⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ²⁾ Laut Eurostat. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (benchmark).

schen Annahme einer Steuerreform mit einer Nettoentlastung von 10 Mrd. S würde das Defizit der öffentlichen Haushalte ohne zusätzliche diskretionäre Maßnahmen auf etwa 2¼% des BIP steigen.

VERLANGSAMUNG DES WELTWIRTSCHAFTSWACHSTUMS UND VERFALL DER INTERNATIONALEN ROHSTOFFPREISE

Die Situation der Weltwirtschaft ist nach wie vor von großen Unsicherheiten geprägt¹⁾. Die Krise in Südostasien ist hartnäckiger als erwartet, und der japanischen Regierung gelingt es trotz mehrerer Budgetprogramme nicht, die tiefe Vertrauenskrise der Investoren und Konsumenten

¹⁾ Siehe dazu Marterbauer, M., „Wachstumsabschwächung stellt internationale Wirtschaftspolitik vor neue Herausforderungen“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(12).

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt, real					
OECD insgesamt	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,3
USA	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,5	+ 1,8	+ 2,3
Japan	+ 3,9	+ 0,8	- 2,5	+ 0,8	+ 1,3
EU	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,8
Euro-Raum	+ 1,6	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,8
Deutschland	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,5
Ost-Mittleuropa ¹⁾	+ 4,7	+ 5,0	+ 4,3	+ 4,0	+ 4,3
Welthandel, real	+ 6,8	+ 9,8	+ 4,5	+ 5,3	+ 6,0
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+ 6,2	+ 9,4	+ 7,5	+ 5,5	+ 6,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾					
Insgesamt	+ 3,0	- 2,0	-25,0	- 4,0	+11,0
Ohne Rohöl	- 9,0	+ 0,0	-13,0	- 5,0	+ 6,0
Erdölpreis ⁴⁾ \$ je Barrel	20,6	19,1	12,5	12,0	14,0
Wechselkurs \$ je \$	10,59	12,20	12,40	11,70	11,40

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Reales Importwachstum der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

ten zu überwinden. Rettungsaktionen für notleidende Banken verschlingen hohe staatliche Mittel. Das Bruttoinlandsprodukt Japans schrumpft 1998 um rund 2½%, für die von internationalen Institutionen erwartete Erholung 1999 gibt es noch keine konkreten Anzeichen. In einigen südostasiatischen Ländern kündigt sich eine Stabilisierung an, die jedoch noch nicht gesichert ist.

Die Einschränkung der Nachfrage aus Südostasien und Japan hatte 1998 einen massiven Preisverfall auf den internationalen Märkten zur Folge. Die Rohstoffpreise

Die Asienkrise und die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten haben das Wachstum der Weltwirtschaft 1998 deutlich verlangsamt. Auch Europa wird davon durch Exportausfälle, Preisrückgänge und Verunsicherung der Investoren in Mitleidenschaft gezogen. Das Wirtschaftswachstum der EU-Staaten wird sich deshalb von 3% (1998) auf 2¼% (1999) abschwächen und im Jahr 2000 auf 2¾% beschleunigen.

sanken im Jahresdurchschnitt um ein Viertel; der Preissturz betraf nicht nur Rohöl, sondern auch Industrierohstoffe und Nahrungsmittel. Lateinamerika geriet durch die sinkenden Rohstoffpreise und die hohe Volatilität der internationalen Kapitalanlagen in eine Krise. Vor allem Brasilien litt unter massiver Kapitalflucht und bekämpfte diese durch hohe Zinssätze, die die Wirtschaft lähmten.

Die Asien- und Lateinamerikakrise beeinträchtigte bereits Export und Industrieproduktion der USA. Die Nachfrage der privaten Haushalte blieb jedoch ungewöhnlich kräftig, wozu auch die sinkenden Zinsen beitrugen. Für 1999 wird eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auf knapp 2% erwartet, die von Exporten und Industrieproduktion ihren Ausgang nimmt. Die merkliche Ab-

schwächung des Purchasing Managers' Index (PMI) am Jahresende bestätigt diese Erwartungen.

Die europäische Wirtschaft wurde seit Anfang der neunziger Jahre durch eine Reihe von Finanz- und Währungskrisen in ihrer Entwicklung beeinträchtigt. Auf die durch die restriktive Geldpolitik verschärfte Rezession 1993 folgte die Währungskrise 1995/96 und nunmehr die Finanzkrise 1998/99. Die Herausforderung der Konjunkturpolitik liegt in dieser Situation weniger in der Verwendung ihres traditionellen fiskalpolitischen Instrumentariums, sondern vielmehr in der Verhinderung und Begrenzung von Krisen auf den liberalisierten Finanz- und Devisenmärkten. Die Verwirklichung des Euro mit 1. Jänner 1999 und die koordinierte Zinssenkung der europäischen Notenbanken sind wichtige Schritte in diese Richtung. Ohne den festen Euro-Fahrplan wären in der turbulenten Situation des Jahres 1998 einige europäische Währungen in eine Abwertungsspirale geraten.

Während sich die Konjunktur in Europa im 1. Halbjahr 1998 gegenüber der Asienkrise als robust erwies, schlug die Stimmung in der zweiten Jahreshälfte unter dem Eindruck der Rußland- und der Börsenkrise um. Die europäischen Banken wurden von der Rußlandkrise empfindlicher getroffen als von früheren ähnlichen Ereignissen; sie wurden dadurch vermutlich vorsichtiger in der Gewährung von Exportkrediten. Auf Ost-Mitteuropa griff die Krise Rußlands nicht über, da sich die Wirtschaft dieser Länder mittlerweile nach Westeuropa orientiert. Nur Tschechien befindet sich in einer Rezession.

Die Auftrags- und Geschäftslage der Industrieunternehmen hat sich in der EU in der zweiten Jahreshälfte markant verschlechtert. Dennoch nahm die Kapazitätsauslastung bis zum III. Quartal kontinuierlich zu. Die Preis- und Ertragssituation scheint also stärker für die schlechte Stimmung verantwortlich zu sein als die reale Sphäre.

In Deutschland entwickelte sich die Wirtschaft 1998 ähnlich wie im EU-Durchschnitt. Im III. Quartal wuchs sie mit +2,8% noch recht kräftig, die Zunahme der Auslandsaufträge und der Industrieproduktion schwächte sich jedoch in den letzten Monaten ab. Der Ifo-Geschäftsklimaindex hat seit mehreren Monaten fallende Tendenz. Die Wachstumsprognosen für 1999 tragen den jüngsten Entwicklungen Rechnung, sie liegen zwischen 2,0% und 2,3%.

Angesichts der günstigen Rahmenbedingungen, insbesondere niedriger Inflationsraten und Zinsen sowie freier Kapazitäten, sollte die von den Turbulenzen auf den Finanzmärkten ausgelöste Konjunkturschwäche temporär sein und bei adäquater Reaktion der Wirtschaftspolitik im Jahr 2000 überwunden werden können. Die Gefahr einer Rezession ist mit der Beruhigung an den internationalen Börsen geringer geworden, aber noch nicht vollständig gebannt. Wichtig für die Entwicklung der Weltwirtschaft ist die Bewältigung der Probleme in den auf-

strebenden Volkswirtschaften Asiens und Lateinamerikas sowie in Rußland.

KOORDINIERTE ZINSENKUNG

Die USA reagierten auf die weltweiten Finanzmarkturbulenzen mit mehreren zügigen Zinssenkungen, um die Konjunktur zu stärken und die Schuldnerländer zu entlasten. Diese Maßnahmen tragen zum Abgleiten des Dollarkurses bei und erleichtern damit den Schuldnerländern die Bedienung ihrer Dollarschulden. Ein Anstieg des Dollarkurses war in den letzten Jahrzehnten regelmäßig mit Finanzkrisen in dem einen oder anderen Schuldnerland verbunden²⁾.

Nach mehreren Zinssenkungsschritten in den USA haben auch die europäischen Notenbanken Anfang Dezember ihre Zinssätze in einer koordinierten Aktion überraschend gesenkt, um der Gefahr eines Konjunkturreinbruchs in Europa entgegenzuwirken.

Mit dem kontinuierlichen Rückgang der langfristigen Zinssätze durch die Flucht internationalen Kapitals in Anlagen mit guter Bonität war die Zinsstruktur in der EU im Herbst bereits invers geworden, d. h. die kurzfristigen Zinssätze lagen über den langfristigen und wirkten damit restriktiv. Mit der koordinierten Zinssenkung hat sich die Zinsstruktur wieder normalisiert.

Mit 1. Jänner 1999 geht die geldpolitische Kompetenz im Euro-Raum auf die Europäische Zentralbank über. Die Euro-Zone wird dann einen einheitlichen Geldmarktzinssatz haben. Dank der koordinierten Zinssenkung Anfang Dezember sieht sich die Zentralbank nicht bereits zu Jahresbeginn mit der unmittelbaren Forderung nach einer expansiveren Geldpolitik konfrontiert.

In Österreich waren die kurzfristigen Zinssätze bis zur koordinierten Aktion Anfang Dezember stabil, die langfristigen Zinssätze gingen seit dem Sommer um etwa ½ Prozentpunkt zurück. Die kurzfristigen Zinssätze dürften sich in den Jahren 1999 und 2000 kaum verändern, die langfristigen jedoch 1999 noch spürbar zurückgehen, um dann im Jahr 2000 mit dem Anziehen der internationalen Konjunktur wieder zu steigen.

EXPORT VON INTERNATIONALER KONJUNKTURSCHWÄCHE BETROFFEN

War die österreichische Konjunktur im 1. Halbjahr 1998 von den Auswirkungen der Asienkrise relativ wenig beeinträchtigt, so mehrten sich im 2. Halbjahr die Schwächezeichen. Die Export- und Produktionssteigerung ließ deutlich nach. Die Zuwachsraten des Warenexports (Güterzahlungen) gingen von 11% im 1. Halbjahr auf 7% im

²⁾ Siehe Schulmeister, St., „Finanzmarkturbulenzen beeinträchtigen internationale Wachstumsdynamik. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2002“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(12).

Entwicklung der Wertschöpfung

	1998	1999	2000	1998	1999	2000
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1983)</i>						
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	431,1	444,0	461,8	+5,5	+3,0	+4,0
Energie- und Wasserversorgung	57,9	58,5	59,0	+1,0	+1,0	+1,0
Bauwesen	120,0	122,4	124,2	+3,0	+2,0	+1,5
Handel ²⁾	270,0	276,2	282,5	+2,5	+2,3	+2,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	59,2	61,1	62,9	+3,5	+3,2	+3,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	130,2	134,1	138,2	+3,5	+3,0	+3,0
Kredit- und Versicherungswesen	133,7	136,4	139,1	+1,2	+2,0	+2,0
Realitätenwesen ³⁾	180,5	185,0	190,6	+3,0	+2,5	+3,0
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	79,8	81,0	83,0	+1,8	+1,5	+2,5
Öffentliche Dienste	175,6	179,1	182,7	+1,5	+2,0	+2,0
Private Dienste ohne Erwerbcharakter	29,6	30,1	30,5	+1,5	+1,5	+1,5
Wertschöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft	1.667,6	1.707,9	1.754,6	+3,1	+2,4	+2,7
Land- und Forstwirtschaft	45,9	45,9	45,9	+3,0	±0,0	±0,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	1.713,5	1.753,8	1.800,5	+3,1	+2,3	+2,7
Bruttoinlandsprodukt	1.758,2	1.801,1	1.850,6	+3,3	+2,4	+2,7

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und unternehmensbezogener Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich häuslicher Dienste. – ⁵⁾ Vor Abzug der importierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer.

III. Quartal zurück. Stark rückläufig war zuletzt die Ausfuhr nach Südostasien, Rußland und in die OPEC-Staaten.

Die zunehmend pessimistische Einschätzung der Auslandsaufträge durch die Industrieunternehmen deutet darauf hin, daß die Exportdynamik 1999 weiter nachlassen wird. Bestärkt wird diese Einschätzung durch die Revision der Konjunkturprognosen in den wichtigsten Industriestaaten, die ein geringeres Marktwachstum für die österreichischen Exporteure erwarten läßt. Die realen Warenexporte dürften 1999 um nur 5½% steigen (nach +8,3% 1998). Wenn es gelingt, die Unsicherheiten auf den internationalen Finanzmärkten wirksam zu bekämpfen, ist 2000 wieder mit einer Verbesserung der Weltkonjunktur und damit der Chancen für die österreichischen Exporteure zu rechnen.

GERINGERE ZUWÄCHSE DER INDUSTRIEPRODUKTION

Die nachlassende Exportdynamik blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Sachgüterproduktion. Die Wachstumsrate ging von 9% (nominell) im 1. Halbjahr auf rund 5% in den Monaten Juli und August zurück. Im IV. Quartal hat sich die Stimmung der Industrieunternehmen weiter verschlechtert. Die Produktionserwartungen waren per Saldo nur noch knapp positiv. Schwache Auslandsaufträge und pessimistische Unternehmenserwartungen deuten auf eine weitere Abflachung im Jahr 1999 hin. Die Sachgüterproduktion wird 1999 mit +3% nur etwa halb so rasch ausgeweitet wie 1998. Nach der Wachstumsdämpfung dürfte sich die Industriekonjunktur 2000 jedoch mit der Belebung der Weltwirtschaft wieder erholen.

Produktivität

	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Gesamtwirtschaft					
Bruttoinlandsprodukt, real	+2,0	+2,5	+3,3	+2,4	+2,7
Erwerbstätige ¹⁾	-0,6	+0,1	+0,9	+0,7	+0,8
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+2,6	+2,4	+2,3	+1,7	+1,9
Sachgütererzeugung					
Produktion ²⁾	+1,3	+5,3	+5,5	+3,0	+4,0
Beschäftigte	-2,9	-1,4	+0,5	-0,7	-0,3
Stundenproduktivität ³⁾	+4,6	+6,6	+5,0	+4,0	+4,3
Geleistete Arbeitszeit je Arbeiter	-0,3	+0,2	±0,0	-0,3	±0,0

¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert. – ³⁾ Produktion je geleistete Arbeiterstunde.

Der Preisdruck im Gefolge der Asienkrise betraf vor allem die Grundstoffindustrie (Stahl-, Chemieindustrie) und einige Branchen der technischen Verarbeitung (Elektronik). Im Konsumgüter- und Kraftfahrzeugbereich blieb die Konjunktur dagegen robust. Wegen des hohen Anteils der Grundstoffindustrie ist der Effekt für Österreich relativ groß. Andererseits verbessert sich die Lohnstückkostenposition Österreichs gegenüber den Handelspartnern. Allerdings sind in diesem Vergleich nur die OECD-Länder enthalten, die massiven Abwertungen in Südostasien und Rußland werden dabei nicht miteinbezogen.

INVESTITIONSTÄTIGKEIT VERLIERT AN DYNAMIK

Die Absatzsteigerungen und die gute Gewinnlage der letzten Jahre hatten 1998 eine kräftige Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen zur Folge. 1999 wird sich die Dynamik der Investitionen parallel zu jener des Warenexports und der Güterproduktion abschwächen. Angesichts der erhöhten Absatzrisiken auf wichtigen „Emerging Markets“ und der Unsicherheiten auf den internationalen Finanzmärkten werden geplante Investitionen aufgeschoben.

Die Bauinvestitionen nahmen 1998 vor allem aufgrund von Sonderfaktoren zu. Günstige Witterungsbedingungen in den Wintermonaten und der aus steuerlichen Gründen florierende Sanierungsbau ermöglichten eine spürbare Ausweitung der Bauleistungen (+3%).

Der Boom im Sanierungsbau wird auch 1999 anhalten, da Instandhaltungsinvestitionen vorgezogen werden. Wenn jedoch die Mietzinsreserven im Jahr 2000 aufgelöst sind, wird es eine empfindliche Lücke an Bauaufträgen geben. Überdies schwächt sich der Wohnungsneubau erheblich ab. Der Nachfrageüberhang ist gedeckt, die Mieten bei Neuvermietung sinken. Die Einschränkung des Wohnungsneubaus auf ein „Normalniveau“ wird das Wachstum der Bauwirtschaft in den nächsten Jahren deutlich drücken. Der Tiefbau erholt sich dagegen von den Budgetrestriktionen der vergangenen Jahre, und der Büroneubau scheint die Talsohle durchschritten zu haben.

Privater Konsum

	1996	1997	1998	1999	2000
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Privater Konsum	+2,0	+0,7	+1,8	+2,0	+2,2
Dauerhafte Konsumgüter	+8,1	-3,5	+2,0	+2,5	+2,9
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+1,1	+1,4	+1,8	+1,9	+2,1
Nettomasseneinkommen	-1,9	-3,1	+1,8	+2,5	+2,9
Verfügbares persönliches Einkommen	-0,2	+0,2	+2,6	+2,5	+2,8
Sparquote, in % des verfügbaren Einkommens	7,8	7,4	8,1	8,6	9,1

KRÄFTIGE KONSUMNACHFRAGE STÜTZT DIE KONJUNKTUR

Dem Konsum wird 1999 eine tragende Rolle für das Wirtschaftswachstum zukommen. Die zunehmende Kaufkraft der privaten Haushalte und das steigende Verbrauchervertrauen lassen eine kräftige Ausweitung der Konsumausgaben erwarten.

Die Steigerung der realen verfügbaren Einkommen hat 1998 Einzelhandel und Konsum (real +1,8%) deutlich belebt. Auch 1999 wird die Zunahme der verfügbaren Einkommen (+2½% real) einen beträchtlichen Spielraum für die Ausweitung des privaten Konsums bieten. Mit der „Normalisierung“ der Sparquote nach ihrem Einbruch 1995/1997 wird jedoch die zusätzliche Kaufkraft nicht ganz in zusätzliche Ausgaben der privaten Haushalte fließen. Die öffentlichen Haushalte werden im Gegensatz zu den letzten Jahren expansive Impulse setzen: Die Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst um 2½%, das „Familienpaket“ (+12 Mrd. S in den Jahren 1999 und 2000) sowie die Steuerreform 2000 bewirken eine Ausweitung der Nettoeinkommen.

Die dämpfenden Effekte aus dem Außenhandel werden also 1999 durch eine Belebung der Inlandsnachfrage wesentlich gemildert. Diese wird durch den Kaufkraftzuwachs der privaten Haushalte stimuliert, der sich aus sinkender Inflation, steigender Beschäftigung und höheren Einkommenszuwächsen ergibt. Eine weitere Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen würde allerdings auch die Inlandsnachfrage treffen.

ZUNEHMENDES REISEVERKEHRSAKTIVUM VERBESSERT DIE LEISTUNGSBILANZ

Die Entwicklung der Leistungsbilanz wird derzeit durch die Verbesserung des Reiseverkehrssaldos geprägt. War dieser mehrere Jahre lang für die Verschlechterung der Leistungsbilanz primär verantwortlich gewesen, so wirkt er nun in die entgegengesetzte Richtung. Der Zeitpunkt der Drehung des Reiseverkehrssaldos deutet darauf hin, daß die relativen Preise (Wechselkurse) eine wichtige

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1996	1997	1998	1999	2000
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	+1,9	+0,7	+2,5	+2,8	+2,8
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
Brutto	-1,0	-1,3	+1,6	+1,8	+1,6
Netto	-2,3	-3,8	+1,1	+1,2	+2,3
Nettomasseneinkommen, nominell	+0,9	-1,1	+2,7	+3,5	+4,1
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	-0,7	-1,3	+0,1	+1,1	+0,9
Verarbeitende Industrie	-1,0	-5,0	-3,1	-1,3	-1,4
Relative Lohnstückkosten ¹⁾					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	-2,2	-4,9	-1,2	-0,6	-1,1
Gegenüber der BRD	-0,6	-0,6	-0,7	-0,6	-0,5
Effektiver Wechselkurs Industriewaren					
Nominell	-1,2	-1,8	+0,6	+0,6	+0,1
Real	-1,5	-2,6	-0,1	-0,1	-0,5

¹⁾ In der verarbeitenden Industrie, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Rolle spielten. Zugleich leistete die Strukturverbesserung des heimischen Angebotes einen wesentlichen Beitrag.

Das Wachstum der Tourismusumsätze hat sich in der Sommersaison 1998 (+6¼%) gegenüber 1997 (+3¾%) deutlich beschleunigt. Die Zahl der Nächtigungen entwickelte sich nicht so günstig, doch ist diese Größe in einer Zeit forcierten Strukturwandels im Tourismus wenig aussagekräftig. Darüber hinaus schränkten die Österreicher ihre Auslandsreisen und Ausgaben im Ausland ein.

1998 weist die Leistungsbilanz mit rund 53 Mrd. S ein geringeres Defizit auf als im Vorjahr. Neben dem Tourismus wirkt die Verbilligung von Rohöl entlastend. Zwischen 1998 und 2000 wird der Reiseverkehrssaldo nach den vorliegenden Tourismusprognosen von 29 Mrd. S auf fast 45 Mrd. S zunehmen. In etwas geringerem Ausmaß (10 Mrd. S) könnte die Lücke in der Leistungsbilanz kleiner werden.

KEIN SPÜRBARER PREISAUFTRIEB ZU ERWARTEN

Der kräftige Rückgang der internationalen Preise von Rohöl, Nahrungsmitteln und Industrierohstoffen hat die Teuerung weiter gedrückt. Die Inflation erfordert derzeit weder in Österreich noch in Europa Maßnahmen der Wirtschaftspolitik. Für die Geldpolitik hat sich damit der Spielraum erhöht, um der Konjunkturabschwächung entgegenzuwirken.

Die internationalen Rohwarenpreise lagen 1998 (laut HWWA-Index) auf Dollarbasis um ein Viertel unter dem Vorjahresniveau. Hauptursache waren Nachfrageausfall und Preisdruck im Gefolge der Asienkrise. In Österreich verringerte sich die Inflationsrate auf Verbraucherebene auf 0,9%.

Für die Jahre 1999 und 2000 zeichnet sich nur ein geringfügiger Preisauftrieb ab. Die Inflationsrate dürfte we-

Entwicklung der Nachfrage

	1998	1999	2000	1998	1999	2000
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1983)</i>						
Privater Konsum ¹⁾	984,3	1.003,9	1.026,0	+1,8	+2,0	+2,2
Öffentlicher Konsum	274,5	280,0	285,6	+1,5	+2,0	+2,0
Bruttoanlageinvestitionen	459,4	473,9	492,2	+4,8	+3,2	+3,8
Ausrüstungen (netto) ²⁾	201,5	210,5	224,2	+7,0	+4,5	+6,5
Bauten (netto) ²⁾	233,5	238,2	241,8	+3,0	+2,0	+1,5
Lagerbewegung und Statistische Differenz	32,7	36,0	37,1			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1.750,9	1.793,9	1.841,0	+2,8	+2,5	+2,6
Plus Exporte i. w. S.	1.019,7	1.072,1	1.139,1	+7,5	+5,1	+6,2
Reiseverkehr	105,7	109,6	113,5	+4,4	+3,7	+3,5
Minus Importe i. w. S.	1.012,4	1.064,9	1.129,5	+6,8	+5,2	+6,1
Reiseverkehr	91,8	89,6	87,8	-4,0	-2,4	-2,0
Bruttoinlandsprodukt	1.758,2	1.801,1	1.850,6	+3,3	+2,4	+2,7
Nominell	2.628,0	2.734,9	2.844,8	+4,5	+4,1	+4,0

¹⁾ Einschließlich Eigenkonsum der privaten Dienste ohne Erwerbscharakter. – ²⁾ Ohne Mehrwertsteuer.

nig über die 1%-Marke hinausgehen. Die internationalen Preise werden sich nach ihrem Einbruch voraussichtlich stabilisieren. Der Euro wird sehr wahrscheinlich eine starke Währung sein, die gegenüber dem Dollar an Wert gewinnen und damit möglichen Auftriebendenzen der Rohstoff- und Rohölpreise entgegenwirken wird.

Von der Lohnseite werden 1999 nur geringe preiserhöhende Tendenzen ausgehen, da die Abschlüsse der Lohnrunde in den meisten Branchen weit hinter der relativ kräftigen Erhöhung im Metallsektor zurückblieben. Die Lohnstückkosten werden nach einer Stagnation in den letzten Jahren 1999 und 2000 um etwa 1% steigen. Die Prognose der Pro-Kopf-Einkommenserhöhung für 1999 kann nach den wichtigsten Tarifabschlüssen mit +2,8% unverändert beibehalten werden.

ARBEITSLOSIGKEIT WIRD 1999 KAUM ZURÜCKGEHEN

Die Festigung der Inlandsnachfrage hinterließ bereits deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt: Rund 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden 1998, vor allem im Dienstleistungsbereich. Weitere 24.000 neue Arbeitsplätze sollten 1999 geschaffen werden. Bisher beschränkte sich dieser Zuwachs jedoch auf Teilzeitarbeitsplätze und verringerte die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze suchenden Arbeitslosen nicht.

Auf dem Arbeitsmarkt waren im Herbst 1998 noch keine Anzeichen der Konjunkturertrübung zu erkennen, der kräftige Zuwachs der Beschäftigung hielt unvermindert an. Im Jahresdurchschnitt 1998 nimmt die Zahl der Ar-

Arbeitsmarkt

	1996	1997	1998	1999	2000	
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	-23,8	+ 8,8	+23,0	+22,0	+24,3	
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	-20,9	+ 8,3	+22,0	+21,0	+23,4	
Ohne Präsenzdienster und Bezieher von Karenzurlaubsgeld	-16,5	+12,8	+29,5	+24,0	+26,0	
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	- 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9
Präsenzdienster und Bezieher von Karenzurlaubsgeld ¹⁾	- 4,4	- 4,4	- 7,5	- 3,0	- 2,6	
Ausländische Arbeitskräfte	+ 0,0	- 1,6	- 0,5	± 0,0	+ 1,5	
Selbständige ²⁾	- 2,9	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Erwerbspersonen im Inland	- 9,0	+11,7	+28,0	+20,0	+16,6	
Ausländer	+ 2,8	- 1,7	+ 1,0	± 0,0	+ 0,7	
Wanderung von Inländern	+ 4,9	+ 5,4	+ 5,5	+ 3,5	+ 2,0	
Inländer	-16,7	+ 8,0	+21,5	+16,5	+13,9	
<i>Überschub an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	+14,8	+ 2,8	+ 5,0	- 2,0	- 7,7	
Stand	in 1.000	230,5	233,3	238,3	236,3	228,6
<i>Arbeitslosenquote</i>						
In % der Erwerbspersonen ⁴⁾	4,3	4,4	4,5	4,4	4,3	
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	6,3	6,4	6,5	6,4	6,1	
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,0	7,1	7,2	7,1	6,8	
Erwerbsquote ³⁾	67,2	67,2	67,6	67,8	68,0	
Beschäftigungsquote ⁴⁾	62,9	62,9	63,2	63,5	63,8	

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ Laut Eurostat. – ⁵⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64jährige). – ⁶⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64jährige).

beitsplätze um 30.000 zu, 1999 wegen der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums um 24.000.

Die Mikrozensus-Erhebung vom März zeigt jedoch, daß ausschließlich die Teilzeitbeschäftigung ausgeweitet wurde. Die Zahl der Arbeitslosen, die gewöhnlich Vollzeitarbeitsplätze suchen, ist deshalb nicht zurückgegangen. Der Großteil der zusätzlichen Teilzeitarbeitsplätze wurde mit Frauen besetzt, die bei schwacher Konjunktur dem Arbeitsmarkt ferngeblieben waren. Darüber hinaus erhöhte die Verkürzung des Anspruchs auf Karenzurlaubsgeld das Arbeitskräfteangebot 1998 kräftig.

1999 dürfte die „stille Reserve“ an Arbeitsuchenden bereits zum Teil aufgebraucht sein, sodaß die Arbeitslosenquote – auch mit Hilfe von Maßnahmen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans – geringfügig auf 4,4% (bzw. 7,1% nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode) zurückgehen könnte. Angesichts der Unwägbarkeiten des Konjunkturverlaufs ist eine solche Entwicklung jedoch mit großer Unsicherheit behaftet.

Das mittelfristige Beschäftigungsziel des Nationalen Aktionsplans (Schaffung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen innerhalb von 5 Jahren) wird bereits in den ersten zwei Jahren etwa zur Hälfte erfüllt. Die geplante Verringerung der Arbeitslosigkeit erweist sich jedoch als besonders schwierig, solange das Arbeitskräfteangebot deutlich steigt.

DEFIZIT DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE 1999 TROTZ SCHWÄCHERER KONJUNK- TUR 2% DES BIP

Der Vollzug des Bundeshaushalts entspricht 1998 weitgehend dem Voranschlag. Gemäß dem bisherigen Verlauf kann das Defizit mit 2,5% geringfügig unter der präliminierten Quote von 2,6% des BIP bleiben. Die Länder und Gemeinden dürften einen Überschuß von ½% des BIP aufweisen, sodaß der Finanzierungssaldo aller öffentlichen Haushalte 1998 nach dem Wegfall einiger Sondereffekte des Jahres 1997 bei –2,0% des BIP liegen wird – etwas niedriger als im Stabilitätsprogramm festgeschrieben (–2,2%).

Im Jahr 1999 dürfte die Abschwächung des Wirtschaftswachstums die Budgetpolitik nach den vorliegenden Prognosen vor keine zusätzlichen Probleme stellen: Die vorliegende Revision der Prognose betrifft nur den Export, nicht die Inlandsnachfrage. Die Prognosen der Lohn- und Gehaltssumme sowie der Einzelhandelsumsätze, die für das Aufkommen an Lohn- und Mehrwertsteuer zentrale Bedeutung haben, bleiben unverändert. Der Finanzierungssaldo aller öffentlichen Haushalte wird 1999, wie im Stabilitätsprogramm festgelegt, 2,0% des BIP betragen.

Daß die Budgetsituation weiterhin angespannt ist, zeigt die zu erwartende Entwicklung im Jahr 2000. Für die vorliegende Prognose wurde die technische Annahme getroffen, daß eine Steuerreform mit einer Nettoentla-

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1996	1997	1998	1999	2000
			Mrd. S		
<i>Budgetpolitik</i>					
Budgetsaldo des Bundes, netto	-89,4	-67,2	-67,0	-70,0	-78,5
			In % des BIP		
Budgetsaldo des Bundes, netto	- 3,7	- 2,7	- 2,5	- 2,6	- 2,8
Finanzierungssaldo laut VGR					
Alle öffentlichen Haushalte	- 3,7	- 1,9	- 2,0	- 2,0	- 2,3
			In %		
<i>Geldpolitik</i>					
Dreimonatszinssatz	3,4	3,5	3,6	3,4	3,6
Sekundärmarkttrendite ¹⁾	6,3	5,7	4,7	4,3	4,8
Sekundärmarkttrendite, gesamt	5,3	4,8	4,4	4,2	4,6
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Effektiver Wechselkurs					
Nominell	- 1,5	- 2,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,3
Real	- 2,1	- 3,3	- 0,2	+ 0,2	- 0,6

¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (benchmark).

stung der Steuerzahler von 10 Mrd. S verwirklicht wird. Unter dieser Annahme wird sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte ohne zusätzliche diskretionäre Maßnahmen auf etwa –2,3% des BIP erhöhen. Um das im Stabilitätsprogramm festgeschriebene Ziel einer Senkung des Defizits der öffentlichen Haushalte auf 1,4% des BIP im Jahr 2002 zu erreichen, wird die Budgetpolitik deshalb weiterhin einen sparsamen Kurs verfolgen müssen.

Abgeschlossen am 16. Dezember 1998.